

Antikriegstag 2013

Das erste Opfer des Krieges ist immer die Wahrheit

Rede von Matthias Wagner - 1. September 2013 Hühnersiepen

Die Wahrheit ist das erste Opfer aller Kriege! Von Hitler bis heute!



Liebe Friedensfreunde und Mitbürger! Bitte kommen Sie mit auf die Zeitreise von 1939 bis heute, um zu sehen, wie die Wahrheit in den letzten 74 Jahren dauernd den Sicherheitsinteressen der Mächtigen und des Militärs geopfert wurde.

Am 1.9.1939 erklärte Adolf Hitler: "Seit 5.45 h wird zurückgeschossen." Vorher hatte die SS deutsche Gefangene in polnische Uniformen gekleidet und den Sender Gleiwitz angreifen lassen. So begann der 2. Weltkrieg, der fast 60 Mio. Menschen das Leben kostete, mit der deutschen Lüge von

einem polnischen Angriff auf den deutschen Sender Gleiwitz. Deutschland war damals die Kulturnation mit den meisten Nobelpreisträgern. Unter der Regierung der NSDAP wurde die Außenpolitik vertreten, dass die "deutsche Herrenrasse" einen Herrschaftsanspruch über Europa und besonders über die so genannten osteuropäischen "Untermenschen" habe. Der nationalsozialistische Größenwahn brachte mehr als 30 Mio. Menschen in Osteuropa den Tod. Jeder 5. Pole wurde Opfer. In Deutschland wurde jeder 10. Einwohner Opfer.

Nach dem Krieg sagte die Mehrheit der Deutschen "Nie wieder Krieg" und "Lieber rot als tot". Aber alte nationalistische Fachkräfte und Offiziere, die USA und eine starke Gruppe um Bundeskanzler Dr. Adenauer bauten ab 1950 wieder eine starke Armee auf: die Bundeswehr. Sie war im Kalten Krieg zwischen den östlichen kommunistischen und den westlichen kapitalistischen Staaten ein wichtiger Partner des westlichen Militärbündnisses, der NATO. 1955 wurde die allgemeine Wehrpflicht der "Staatsbürger in Uniform" beschlossen und darüber gestritten, ob die Bundesrepublik auch über Atomwaffen verfügen sollte. Der Stadtrat von Lüdenscheid beschloss im Mai 1958 mit vielen anderen Städten, das Stadtgebiet zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Aber 1961 kamen in die belgische Kaserne am Buckesfeld ein Transportbataillon der Bundeswehr und US-Offiziere. Sie brachten Atomwaffen mit, die am Stilleking abrufbereit aufbewahrt wurden. Für den Einsatz hätten sie nur die drei Kilometer bis zur Buckfelder Kasernen gebracht werden müssen, um gestartet zu werden. Als ein Bundeswehrsoldat von dort in die DDR überlief und von den Atomwaffen in Lüdenscheid berichtete, wurden sie und das Transportbataillon mit den US-Offizieren 1963 abgezogen. Trotz der Pressefreiheit des Grundgesetzes hat nie eine Zeitung darüber berichtet, weil sie im Dienst der Macht stand und den Beschluss des Stadtrats außer Acht ließ.

Ebenfalls 1958 veröffentlichte die Stadt Lüdenscheid den Verwaltungsbericht für die Kriegszeit. In ihm werden 1900 Lüdenscheider Gefallene und Kriegsoffer genannt. Es fehlten die 514 Opfer des Arbeitserziehungslagers Hunswinkel, die ca. 170 Zwangsarbeiter (, die durch schlechte Behandlung starben), die ca. 220 russischen Kriegsgefangenen (,die 1945 im Lazarett Baukloh starben), die 55 Lüdenscheider Opfer der Euthanasie, die 46 Lüdenscheider

Holocaustopfer, die 10 kommunistischen Todesopfer aus Lüdenscheid, mindestens 4 erschossene Fahnenflüchtige und viele andere unbekannte Opfer. Schon 1951 hatte der damalige Kulturdezernent geschrieben, dass er von ca. 4 000 Opfer der NS-Gewaltherrschaft ausgehe. Aber die Stadt hat die hohe Zahl nicht akzeptiert und ca. die Hälfte der Opfer ausgeblendet, um die Lüdenscheider Geschichte zu entlasten. Als 1999 das Geschichtsmuseum der Stadt in der Ausstellung "Lockung und Zwang" über die lokale NS-Geschichte berichtete, fehlten die Euthanasie-, Zwangsarbeitslager- und Holocaustopfer ebenfalls. So wurden die lokalen NS-Verbrechen weitgehend verschwiegen und verleugnet.

Erst 2005 konnte mit dem Gedenkbuch für die NS-Opfer die wissenschaftliche Aufarbeitung zu einem großen Teil geleistet werden. Aber noch arbeitet die Friedensgruppe daran, die genauen Opferzahlen aus Russland, Polen, den Niederlanden, Belgien Frankreich und anderen Staaten zu erhalten, um aller Kriegsoffer in Lüdenscheid angemessen zu gedenken. Bis heute haben die offiziellen Behörden es nicht für notwendig erachtet, die Wahrheit zu suchen und mitzuteilen. Vielmehr belässt man es bei allgemeinen Aussagen zum Volkstrauertag, der noch immer von Traditionsvereinen geprägt wird, die nicht zur Aufklärung beitragen und beitragen.

Der Krieg der NATO-Staaten 1999 gegen Serbien im Kosovo wurde von Außenminister Joschka Fischer in Deutschland damit begründet, dass es "einen Holocaust verhindern müsse". Das Wort wurde als Hebel für den ersten Krieg der Bundeswehr eingesetzt, obwohl Serbien schon im 2. Weltkrieg schrecklich unter der deutschen Eroberung und Herrschaft zu leiden hatte und viele Tausend Juden und Zivilisten damals von Deutschen rechtlos erschossen wurden. Und das Wort Holocaust passte sachlich überhaupt nicht und wurde nur als politischer Kampf- und Kriegsbegriff eingesetzt, um die Deutschen zur Kriegsbereitschaft aufzufordern - ein abstoßendes Vergehen des Außenministers der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Zur Kriegsrechtfertigung wurde die Unwahrheit gesagt.

Vor einer Woche wurde der Soldat Bradley Manning zu 35 Jahren Haft in den USA verurteilt, weil er die Wahrheit über die Kriegsverbrechen der US-Armee in die Öffentlichkeit gegeben hatte. Das erste Opfer jeden Krieges ist die Wahrheit. Wer für sie eintritt - das ist unser wichtigstes Menschenrecht - wird vom Militär und den Mächtigen verfolgt. Wenn wir jedes Jahr hier zusammenkommen, legen wir ein Zeugnis von den Unmenschlichkeiten des AEL Hunswinkel, der anderen NS-Lager und den Unmenschlichkeiten an Millionen Juden, Sinti, Roma, Homosexuellen, Russen, Polen und anderen Ausländern und Deutschen ab, an die namentlich nirgendwo in Lüdenscheid erinnert wird. Mit der Suche nach der Wahrheit unserer Lokalgeschichte leisten wir einen kleinen Friedensbeitrag. Er entspricht dem Leitsatz des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge "Versöhnung über den Gräbern". Lüdenscheids Beitrag ist schon bedeutend, weil die Wirtschaftskraft und die Einwohnerzahl Lüdenscheids ca. 1/1000 also ein Promille der BRD beträgt und alles, was in Berlin politisch verwirklicht wird, zu einem Promille von Lüdenscheid mitgetragen wird. Wenn in den anderen 999 Kommunen ebenfalls der 1. Sept. als Antikriegstag begangen würde, würde in Berlin mehr wahrgenommen, dass die aktiven Bundesbürger sich die zivile Friedenssicherung wünschen, um die Unmenschlichkeit von Kriegseinsätzen zu verhindern.

Wahrheit und Kriegsprävention statt Werbung für die Bundeswehr und Kriegseinsätze, das ist unsere Forderung an die Bundespolitik.